

Antrag C 2 - Rechtsextremismus I

Antragssteller: Unterbezirk Gießen

Die Juso-Bezirkskonferenz möge beschließen:

1. Der Juso-Bezirk Hessen-Süd wird künftig Vorfälle aus dem rechten Bereich dokumentieren und bemüht sich diesbezüglich um eine Zusammenarbeit mit anderen antifaschistisch orientierten Organisationen in Südhessen.
2. Der Bezirk Hessen-Süd Gießen wird sich künftig auf Bezirks- und Landesebene für breite antifaschistische Bündnisse einsetzen. Dabei wird sich der Bezirk gegen jede Zusammenarbeit mit Gruppen verwehren, die als sogenannte geistige Brandstifter gelten müssen.
3. Der Bezirk fordert die Unterbezirke dazu auf, eine Kontaktperson zu benennen, die rechtsextreme Vorfälle aus den Unterbezirken an den Bezirk weiterleitet und diesbezüglich Kontakt mit den Bezirksgruppen hält.
4. Der Bezirk wird künftig jährlich einen Rechtsextremismusbericht zu den Bezirkskonferenzen vorzulegen. Der Bericht soll zudem auf Jusoforderung hin jährlich im SPD-Bezirksvorstand erörtert werden.

Begründung:

Im Sommer 2000 kochte das Thema Rechtsextremismus als „Sommerlochthema“, in den Medien hoch. Mittlerweile ist es trotz steigender Anzahl an rechtsextremen Vorfällen auch im Gebiet des Bezirks Hessen-Süd und leider auch in Giessen und Umgebung die Diskussion um den Kampf gegen Rechtsextremes Gedankengut weitgehend wieder eingeschlafen. In Hessen-Süd gibt es aktuell mehrere Hochburgen des organisierten wie unorganisierten Rechtsextremismus. Der Lahn-Dill-Kreis, der Wetterau-Kreis, Der südliche Vogelsbergkreis der Hochtaunus-Kreis und die Bergstrasse sind mit rechtsextremen Vorfällen mehrfach in Erscheinung getreten. Aber auch in den Kreisen Limburg-Weilburg und Gießen (vor allem im Raum Langsdorf, aber auch mit Vorkommnissen in Biebertal und der Stadt Gießen selbst) lassen sich Zuwächse im Rechtsextremen Spektrum beobachten, die trotz den Einbrüchen der Rechtsextremen bei den Kommunalwahlen weiter bestehen und wachsen. Dabei lässt sich auch die Tendenz feststellen, Mittelhessen zu einem organisatorischen Schwerpunkt im rechten Bereich auszubauen und insbesondere eine organisatorische Vernetzung und Koordinierungsstruktur mit der akademischen Rechten zu schaffen (in Giessen sind diesbezüglich die Burschenschaft Germania, sowie die Dresdensia Rhugia und die Burschenschaft Allemania zu erwähnen). Aus diesem Grunde ist im Gesamtbezirk Hessen-Süd weiterhin dringender Handlungsbedarf geboten.

Ad 1.

Eine sinnvolle antifaschistische Tätigkeit erfordert eine Dokumentation von rechten Vorfällen. Sich hierzu auf staatliche Instanzen zu verlassen stellt einen Trugschluss dar, wenn man die Neigung gerade im kommunalpolitischen Bereich betrachtet, rechte Vorfälle möglichst zu vertuschen um die eigene Gemeinde nicht dem schädigenden Ruf eines rechten Pflasters auszusetzen. Jedoch ist ein Aufbau von Parallelstrukturen zu der bereits existierenden Arbeit antifaschistisch orientierter Gruppen und Organisationen ebenso arbeitsintensiv wie ineffektiv. Daher sollen Gespräche mit allen anderen antifaschistisch orientierten Organisationen und Gruppen geführt werden um eine diesbezügliche Koordinierung zu erreichen, die es uns ermöglicht über die tatsächlichen Verhältnisse im rechten Bereich unterrichtet zu sein.

Ad 2.

Breite Bündnisse sind der Boden einer fruchtbaren antifaschistischen Arbeit. Wir dürfen es nicht zulassen, wenn von sogenannten demokratischen Kräften, die sich jedoch auf der

anderen Seite nicht scheuen geistig als Brandstifter aktiv zu werden, Gruppen von antifaschistisch orientierten Bündnissen ausgeschlossen werden, die aktive Arbeit in diesem Bereich leisten. Gerade die CDU bemüht sich immer wieder andere Gruppen aus Bündnissen herauszudrängen, um selber einen möglichst breiten Raum innerhalb des Bündnisses einnehmen zu können. Dabei ist es gerade vielerorts in Hessen die CDU, die geistige Vorlagen für die rechten en masse liefert. Der Lahn-Dill-Kreis mit dem Landtagsabgeordneten und ehemaligen NPD-Postillen-Redakteur Irmer sowie die aktuelle Kampagne der Giessener CDU für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im Republikaner Diktus mögen Beispiele genug sein. Aus diesem Grunde ist auch eine Zusammenarbeit mit ebendiesen Gruppen aus Sicht der Jusos ausgeschlossen. Wir können und dürfen nicht das Feuer mit den Brandstiftern bekämpfen, wenn wir das Feuer auf Dauer löschen wollen.

Ad 3.

In diesem Punkt soll es um die Koordination der Aktivitäten gehen. Aus genannten Gründen bedarf Antifa-Arbeit größtmöglicher Koordination, um auch auf Bezirks- und Landesebene ein möglichst hohes Informationsniveau zu wahren.

Ad 4.

Regelmäßige Auseinandersetzung mit einem Thema führt dazu, dass das Thema weiterhin bearbeitet wird. Indem der Bezirksvorstand einmal jährlich einen Bericht vorlegen muss, bleibt die politische Auseinandersetzung mit dem Thema erhalten. Gleichzeitig ermöglicht uns ein solcher Bericht die Bilanzierung der Aktivitäten gegen Rechts und eine Überprüfung der Wirksamkeit einzelner Maßnahmen.